

# Morwirts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Patriotismus und Profit.

### Verkauf deutscher Patente an den „Erbfeind“.

Paris, 7. Februar. (M.B.) Der Kammer lag gestern nachmittag ein Gesetzentwurf vor, der die Zustimmung des Hauses zu einer Konvention, betreffend die Fabrikation von synthetischem Ammoniak vorsieht. Der Berichterstatter, Abgeordneter Deboucq, führte aus, daß der Entwurf sowohl die Ratifikation der mit der Badischen Anilin- und Sodafabrik abgeschlossenen Konvention, als auch die Organisation von Fabrikationszentren für synthetischen Ammoniak in Frankreich zum Ziele habe. Wenn man dem Verbrauch von Eisoh-Bohringen Rechnung trage, müsse eine Erhöhung von mindestens 50 Proz., gleich 110 000 Tonnen Stickstoff gegenüber dem Verbrauch Frankreichs vor dem Kriege in Aussicht genommen werden. Im Vergleich zu dem deutschen Verbrauch seien diese Ziffern sehr bescheiden. Der Stickstoff sei aber auch ein wesentliches Element der nationalen Sicherheit, da er als Grundstoff für Pulver und Explosivkörper diene. Der Bericht fordert, daß die Badische Anilin- und Sodafabrik ermächtigt werde, die am 11. November 1910 unterzeichnete Konvention durchzuführen.

Im weiteren Verlauf der Nachmittagsitzung der Kammer führte Berichterstatter Abg. Deboucq über den Gesetzentwurf betreffend die Fabrikation von synthetischem Ammoniak im einzelnen aus, daß das in der Konvention vom 11. November 1910 von den Badischen Anilinfabriken übernommene Haberische Verfahren durch Konzession einer Gesellschaft übertragen werden soll. Hauptaktionär der für 99 Jahre errichteten Gesellschaft ist der Staat. Er bringt 5 Millionen Frank und als Betriebsanlage die Pulverfabriken von Toulouse ein, für die jährlich 500 000 Frank Miete und eine Beteiligung von 10 Proz. am Gewinnüberschuss gezahlt werden sollen. Der Staat übernimmt 256 000 von insgesamt 300 000 Aktien gleich 2 1/2 Millionen Frank.

Dem Berichterstatter trat der Abg. Prouet entgegen, der die Verletzung des Gesetzentwurfs verlangte mit der Begründung, daß in Wirklichkeit doch nur das Haberische Verfahren ausgebaut werde und daß die Deutschen mit ihrer „Doppelzüngigkeit“ den Franzosen die Resultate gefälschter Experimente übermitteln und sie wie gewöhnlich täuschen würden.

Demgegenüber erklärte der frühere Kriegsminister Abg. André Bédère, er habe in seiner damaligen Eigenschaft als Minister die Verantwortung für die Zahlung von 2 1/2 Millionen Frank an die Badischen Anilinfabriken übernommen. Man möge ihm nicht mehr von der Rationalität dieses oder jenes Verfahrens reden. Im Krieg habe man französischerseits das Haberische Verfahren grausam zu spüren bekommen, denn ohne dieses Verfahren hätte Deutschland den Krieg nicht mit der bekannten Intensität führen können. Der ehemalige Minister beruhigte den Abg. Prouet durch eine Darstellung der den Badischen Anilinfabriken gegenüber ausgemachten Garantien, worauf dieser seinen Verwahrungsantrag zurückzog. Die Fortsetzung der Debatte wurde sodann auf Donnerstag vertagt.

Ueber den Vertrag zwischen der Badischen Anilin- und Sodafabrik und der französischen Regierung sind in den letzten Tagen durch die Handelspresse Einzelheiten bekanntgeworden, die das lebhafteste Interesse der gesamten Öffentlichkeit beanspruchen. Es handelt sich hier um nicht weniger als um

den Verkauf wichtigster chemischer Patente, die wirtschaftlich und militärisch für Frankreich von außerordentlicher Bedeutung sind. Wie die „Metallbörse“ mitteilt, bietet die Badische Anilin- und Sodafabrik unabhängig von allen durch den Friedensvertrag Frankreich zugestandenen Rechten und unbeschadet ihrer eigenen Rechte ihre „freiwillige Beihilfe“ an. Sie verpflichtet sich zur Mitteilung aller zur Fabrikation nötigen Angaben und Einzelheiten der Verfahren, deren Anwendungen und Kontrollmaßnahmen zwecks Erzielung der günstigsten Resultate. Alle dahin gehörigen Patente und Lizenzen tritt sie gänzlich und ausschließlich an Frankreich ab und stellt zur Ausführung ihre persönliche Unterstützung zur Verfügung, wenn dies verlangt werden sollte.

Die französischen Ingenieure haben ungehinderten Zutritt zu den Werken der Badischen Anilin- und Sodafabrik, welche ihnen während der Dauer des Vertrages von allen in ihrem Betriebe eingeführten Verbesserungen Kenntnis gibt. Außerdem verpflichtet sie sich, jede Konkurrenz mit den nach ihrem Verfahren hergestellten Produkten in Frankreich, den französischen Kolonien und in den Ländern unter französischem Protektorat zu unterlassen. Zur Entschädigung ihrer „freiwilligen Unterstützung“ gewährt Frankreich der Badischen Anilin- und Sodafabrik gewissermaßen als Bauleitergebühren 5 Millionen Frank und außerdem ein Anrecht auf eine Gewinnbeteiligung von zwei bis vier Prozent. Das bei Toulouse zu errichtende Werk wird gemäß des Vertrages von deutschen Ingenieuren der Badischen Anilin- und Sodafabrik gebaut und auf eine tägliche Produktion von 100 Tonnen eingestellt werden. Die Gültigkeitsdauer des Abkommens ist auf 15 Jahre festgesetzt worden.

Soweit die Einzelheiten des Vertrages, wie sie von der Fachpresse mitgeteilt werden. Aus dem Bericht über die Verhandlungen in der französischen Kammer geht hervor, daß auf französischer Seite die Vorteile dieses Vertrages sehr wohl gewürdigt und insbesondere seine militärische Bedeutung für Frankreich in den Vordergrund gerückt wird. Diese Tatsache verdient besonders in dem jetzigen Augenblick hervorgehoben zu werden, wo die deutsche kapitalistische Presse sich in radaupatriotischen Tönen überschlägt und in bestigter Weise gegen ganz Frankreich heßt. Dieser Patriotismus der Prozentpatrioten wird durch den Vertrag der Badischen Anilin- und Sodafabrik, die sonst jeden ihrer Angestellten sofort ins Zuchthaus bringen läßt, wenn er auch nur das geringste von ihrem Verfahren an die Konkurrenz mitteilt, grell beleuchtet. Nicht minder interessant ist es, daß in den letzten Tagen, nach Bekanntgabe der Einzelheiten des Vertrages, die Aktienkurse der Badischen Anilin- und Sodafabrik sowie anderer chemischer Fabriken fast auf das Doppelte gestiegen sind. „Erbfeind“ hin, „Erbfeind“ her — in Fragen des Profits schlägt das Kapital jeden Rekord der „Vaterlandsliebe“!

führt wird. Die französische Regierung, die diesen Stand der Dinge kennt, hat kein Interesse daran, gewaltsame Maßnahmen zu ergreifen, solange ihr dies nicht notwendig erscheint. Sie hält wirkliche Reichtümer in ihren Händen, deren Substanzwert von keiner Sabotage vermindert werden kann. Sie wird nicht den Fehler begehen, Millionen von Arbeitern zu einer Obstruktionshaltung zu verleiten, weil diese Arbeiter bisher den Befehlen von Berlin nur sehr vereinzelt folgten.

Der Versuch des Pariser Blattes, die deutsche Arbeiterschaft gegen die „Ruhrjunker“ auszuspielen, ist schon deshalb unsinnig, weil das deutsche Proletariat keinen Augenblick daran gedacht hat, sich schüßend vor die Kassenchränke der Besitzenden zu stellen und sich der Wiedergutmachungsverpflichtungen, soweit sie Deutschlands Leistungsfähigkeit angeht, zu entziehen. Für ihren Kampf gegen das Kapital braucht die deutsche Arbeiterschaft die Unterstützung Poincarés nicht. Das gewalttätige und rechtswidrige Vorgehen der französischen Regierung hat vielmehr diesen Kampf nur erschwert. Es ist eine vollendete Sinnlosigkeit, wenn in derselben Pariser Presse, die vor dem Sturz der Regierung Wirth die deutschen Industriellen umschmeichelte und ihnen politisch in den Sattel half, jetzt gegen die „Ruhrjunker“ wettert. Wenn diese jetzt eine festere Position haben, als die deutsche Arbeiterschaft es selber wünschte, so verdanken sie das in hohem Maße der ebenso kurzfristigen wie brutalen Politik Poincarés.

## Ausprache im Hauptausschuß.

In der Dienstagsitzung des Hauptausschusses des Reichstages haben die sozialdemokratischen Abg. Hoch und Sollmann das ganze Problem des eingeschlossenen Abwehrkampfes gegen den französischen Einfall in deutsches Land, aber auch die Frage des rücksichtslosen Kampfes gegen Spekulation und Preisstreberei im Innern Deutschlands aufgerollt. Da die zuständigen Minister verhindert sind, am heutigen Mittwoch im Hauptausschuß zu erscheinen, ist der morgige Donnerstag zur Fortsetzung der Aussprache bestimmt worden. Neben dem Reichskanzler werden der Reichserziehungsminister, der Reichswirtschaftsminister und der Reichsfinanzminister an der Aussprache teilnehmen.

## Ruhrbesetzung und Sozialpolitik.

Von Alexander Knoll,  
Sekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Als feinerzeit in Deutschland die einzelnen Bestimmungen des Versailler Friedensdiktats näher bekannt wurden, klang das Urteil der sozialpolitisch urteilsfähigen Kreise allgemein dahin aus: „Das ist ein Friede gegen den Sozialismus!“ — Die späteren Tatsachen und Vorgänge haben bewiesen, daß dieses Urteil zutreffend war; denn alle Bestrebungen zur Sozialisierung einzelner Wirtschaftszweige sind leichter Endes an den Bedingungen und Auswirkungen dieses Friedensdiktats gescheitert.

Durch die Ruhrbesetzung sind aber neue, noch schlimmere Gefahren für die deutsche Arbeiterschaft in greifbare Nähe gerückt, Gefahren, von denen in weiterer Folge die Arbeiterschaft der ganzen Welt bedroht ist. Handelte es sich bei der Sozialisierung immerhin noch um ein Zukunftsproblem, wenn auch einer scheinbar nahen Zukunft, so sind durch die Ruhrbesetzung und die damit verbundenen Absichten des französischen Imperialismus alle gegenwärtigen sozialpolitischen Ertragsleistungen der deutschen Arbeiterschaft unmittelbar bedroht, alles, was sie in jahrzehntelangen, opfervollen Kämpfen auf diesem Gebiete erreicht hat, steht vor der ganz offensichtlichen Gefahr, restlos vernichtet zu werden — in erster Linie der Wirtschaftsentzug! Alle sozialpolitischen Fortschritte und Einrichtungen, an die sich die deutsche Arbeiterschaft als an etwas ganz Selbstverständliches gewöhnt hat und deren Besitz ihr als absofut gesichert erschien, sind heute in Frage gestellt.

Um das zu verstehen, müssen wir uns hier ganz kurz mit Geist und Sinn des Versailler Friedensdokuments vertraut machen, insbesondere mit den französischen Aspirationen. Es herrscht leider auch in der deutschen Arbeiterschaft in dieser Hinsicht noch eine geradezu ungläubliche Unklarheit und Unkenntnis. Man kann gewiß der Meinung sein, daß gewisse deutsche Kreise weit mehr zu den Kriegslastigen hätten herangezogen werden können, als es geschehen ist. Aber grundsätzlich ist es, anzunehmen, daß damit die französischen Pläne irgendwie hätten beeinträchtigt oder gar vereitelt werden könnten! Selbst wenn Deutschland noch unendlich viel mehr an Reparationen geleistet hätte, als es geleistet hat, so hätte das Instrument von Versailles mit seinem grandios raffinierten Gewirr von Schlingen und Fallen den französischen Imperialisten doch die erwünschte und gewollte Veranlassung geboten, deutsche „Verfehlungen“ festzustellen. Und so wenig der Wortlaut des Friedensdokuments den Franzosen ein Recht zu den jetzt ergriffenen Maßnahmen gewährt, so wenig sie ein Recht zur Besetzung von Düsseldorf und den übrigen bisherigen Sanktionen hatten und es dennoch ausgeübt haben, indem sie sich dieses „Recht“ einfach selbst zuerkennen — so wenig hätten sie sich auch in jedem anderen Falle von ihrem Vorhaben abbringen lassen. Da sie Unfläster, Richter und Vollstreckter alles in einer Person zu sein sich anmaßen, so lassen sie sich durch die Spinnwebfäden vertraglicher oder völkerrechtlicher Erwägungen von ihrem Vorhaben nicht abbringen. Gestützt auf die größte Militärmacht, die die Welt in Friedenszeiten je gesehen hat, glauben die französischen Machthaber dem moralischen Urteil aller Welt trotzen zu können. Sie rechnen dabei auf die politische Erfahrungstatsache, daß in der Politik immer nur der Erfolg entscheidet und daß die Welt sich auch mit dem von ihnen angestrebten Erfolg abfindet, wenn er einmal eingetreten sein wird.

Die französischen Machthaber wollen gar nicht, daß Deutschland erfüllt — und wenn es das nach unserem Ermessen getan hätte, dann würden sie noch immer „nachweisen“, daß es nicht geschehen ist. Es ist das auch gar nicht so sehr schwer, weil Deutschland gezwungen worden ist, absofut unerfüllbare Bedingungen zu unterschreiben. Diese unerfüllbaren Bedingungen sind das Mittel, das es Frankreich ermöglichen soll, sein bis heute noch nicht aufgegebenes Kriegsziel zu erreichen: die Annexion des linken Rheinufers! Es will außerdem die deutsche Steinkohlenproduktion seiner eigenen Eisenindustrie dauernd dienstbar machen — auf Kosten der deutschen Eisenindustrie. Dazu muß es die Kokszerzeugung des Ruhrreviers fest in seine Hand bekommen und nach eigenem Ermessen darüber verfügen können.

Das ist der Sinn des französischen Vorgehens an der Ruhr. Aber wenn Frankreich dieses Ziel erreicht, dann ist Deutschlands Wirtschaftsleben endgültig erschlagen! Schon durch die bisherigen Amputationen ist seine Lebensfähigkeit arg beschnitten und verkrüppelt. Selbst wenn die Ruhrbesetzung nicht hinzugekommen wäre, ist es ausgeschlossen, daß die deutsche Wirtschaft ihre frühere Höhe und Bedeutung wiedererlangt. Geht nun aber noch das linke Rheinufer verloren und gelingt es Frankreich wirklich, sich die Ruhrkohlenproduktion dienstbar zu machen, dann ist der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands ein vollständiger und absofuter. Der Vorstoß der Franzosen an der Ruhr ist im fürchtbarsten Sinne des Wortes ein Stoß in das Herz Deutschlands! Hat dieser Stoß den von Frankreich angestrebten Erfolg, dann ist auf einen Schlag Deutschland ein im vollsten Sinne des Wortes überbevölkertes Land. Es müssen sich dann automatisch alle die Folgeerscheinungen einstellen, die eine Massenüberbevölkerung naturnotwendig zur Folge hat.

In sozialpolitisch urteilsfähigen Kreisen dürfte ein Zweifel darüber, daß eine leistungsfähige Sozialpolitik nur auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft möglich ist, nicht bestehen. Kränkt die Wirtschaft ständig und geht sie mehr und mehr zu

## Französischer Bauernfang.

Von amtlichen Pariser Stellen werden neuerdings zur Beeinflussung der Öffentlichkeit Methoden angewandt, wie sie plumper und ungeschickter auch vom deutschen Kriegspresseamt unseligen Angedenkens nicht geübt wurden. So wurden vorgerichten durch den Pariser Korrespondent der „Daily Mail“ und gestern durch den „Matin“ längere Darstellungen verbreitet, um die offenbar immer unruhiger werdende Öffentlichkeit in Frankreich und England mit dem Hinweis zu trösten, daß ein Regierungswechsel in Deutschland unmittelbar bevorstehe und daß in kurzem andere Männer in Berlin zur Regierung gelangen werden, die versuchen würden, zu einem Einvernehmen mit Frankreich, Italien und Belgien zu gelangen.

Besonders charakteristisch für diese Methode des politischen Bauernfanges sind die Äußerungen des „Matin“, der die deutsche Arbeiterschaft gegen die Regierung Cuno auszuspielen sucht. Laut einer Meldung des „Est Europe“ heißt es im „Matin“:

„Niemand ist erstaunt, daß Dr. Cuno und dessen Freunde mit allen Mitteln kämpfen, denn es handelt sich um einen Kampf, bei dem die politische Lage, der Wohlstand und vielleicht sogar der Bestand der Industriellen auf dem Spiele steht. Aber man beginnt, sich darüber klar zu werden, daß es ein kleiner Mißbrauch sei, von den „Interessen ganz Deutschlands“ zu reden, wenn es sich nur um die Interessen von zwei oder drei Kartellen handelt. Deutschland würde sicherlich keinen Vorteil dabei finden, wenn es mit den Alliierten in Verhandlungen träte und wenn es annehmbare Zahlungen vorschläge. Die „Ruhrjunker“ wissen aber, daß die Lasten der Reparationen in berechtigter Weise von ihnen getragen werden müssen. Sie sind die Herren des größten Teiles der deutschen Presse geworden und werden bis zu dem Augenblick der plötzlichen Kapitulation ihre Kampfstellung behalten. Die Franzosen, die in Berlin sind, stellten mit Ueberraschung fest, daß in Banken, in Industrien und bei den Arbeitern seit einigen Tagen Neigung zu Besprechungen besteht. Die Bewegung, die sich gegen die Politik Cunos vorbereitet, wird langsam sein. Heftige Zwischenfälle werden verzeichnet werden müssen. Aber diese Bewegung ist unvermeidlich, weil sie von der Vernunft ge-

rück, so muß das nicht zulezt auch die Sozialpolitik nachteilig beeinflussen. Die Wahrheit dieses Satzes erkennen wir täglich in immer erschreckenderem Maße. Unsere Wirtschaft zehrt sich selbst auf — die Folge ist, daß alle sozialpolitischen Einrichtungen sozusagen eintrocknen. Der Nährboden, auf dem sie sich bisher entwickelt haben, wird vollkommen ausgegossen. Beweis: die Krankenkassen vermögen trotz höchstgesteigertem Beiträge ihre Aufgaben nicht mehr zu erfüllen; die übrigen sozialpolitischen Versicherungszweige verdrören mehr und mehr. Die Unterstüßungen der Erwerbslosen reichen kaum zu, um trodenes Brot zu kaufen; auf alles andere, was zum Leben notwendig ist, müssen die Unglücklichen, die auf irgendeine der sozialen Fürsorgeeinrichtungen angewiesen sind, verzichten. Noch schlimmer steht es um die großen Kreise der Armen, die auf die öffentliche oder private Wohlfahrtspflege angewiesen sind. Und schrumpft nicht auch das Einkommen derjenigen, die noch so glücklich sind, arbeiten zu können, täglich, stündlich zusammen? Muß nicht der hochqualifizierte Arbeiter, der vor dem Kriege wöchentlich 10 Dollar verdiente, heute mit einem Wochenverdienst von 60—75 Cents sich durchhungern? Gewiß brauchte es in letzterer Hinsicht nicht überall so entsetzlich schlimm zu stehen — aber selbst der glühendste Phantast wagt nicht zu behaupten, daß es möglich wäre, heute auch nur annähernd die Friedensparität der Löhne herzustellen. Und dieser Prozeß der Entwertung aller unserer Leistungen und Einkünfte macht täglich, stündlich weitere rasende Fortschritte. Die Rotenpresse vermag den Bedarf an Zahlungsmitteln noch kaum zu decken — und jenseitig ihre Leistungen dem Bedarf anpaßt, um so schneller schreitet der Entwertungsprozeß fort.

Wie soll es unter solchen Umständen möglich sein, unsere sozialpolitischen Errungenschaften aufrechtzuerhalten! Und nun stehen wir vor der unbedingten Gewißheit, daß die Zahl unserer Arbeitslosen ins Ungeheure und Ungemessene steigen muß — wenn der französischen Regierung ihr Vorhaben an der Ruhr gelingt! Auf der anderen Seite aber erscheint es absofut ausgeschlossen, diesen Hunderttausenden die nötigen Mittel zu gewähren, um sie vor dem glatten Verhungern zu bewahren. Gewiß kann die Rotenpresse noch „produktiver“ gestaltet werden — mit der Wirkung, wie wir sie in Oesterreich und noch mehr in Rußland erblicken. Und unsere bange Sorge ist: Können die deutschen Gewerkschaften, kann die deutsche Arbeiterschaft unter solchen Umständen den Achtstundentag noch weiterhin wirksam verteidigen? In der Rede und Besprechung um den Achtstundentag, das wir bis jetzt in Deutschland gehabt haben, bedeutet im Grunde keine Gefahr für ihn. Es hat schon immer in Deutschland Leute gegeben, die in jeder Arbeitszeitverlängerung eine „Gefahr“ erblickt haben. Sie haben es nicht verhindern können, daß die deutschen Gewerkschaften den Achtstundentag als erste für ihr ganzes Land errungen haben. Und sie werden — unter wirtschaftlich gesunden Verhältnissen! — den Achtstundentag solange haben, als sie ihn selber nicht preisgeben! Aber: unter wirtschaftlich gesunden Verhältnissen! Darauf kommt es an.

Der Kampf an der Ruhr, den jetzt die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen den französischen Imperialismus führen, ist also in des Wortes tiefer und umfassender Bedeutung ein Kampf um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes, von dem die Arbeitnehmerschaft Reunzucht darstellt. Um Sein oder Nichtsein und damit auch um all das, was die organisierten deutschen Arbeitnehmer in einem halben Jahrhundert zähen, opfervollen Kampfes auf wirtschaftlichem, sozialem und allgemein kulturellem Gebiet sich selbst geschaffen, den bestehenden und herrschenden Gewalten abgerungen haben.

Darüber hinaus aber hat dieser Kampf universale Bedeutung. Es ist letzten Endes ein Entscheidungskampf zwischen der Arbeiterklasse der ganzen Welt einerseits und einem in Siegesrausch tollgewordenen Imperialismus andererseits. Es geht in diesem Kampfe um nicht mehr und nicht weniger, als um die Entscheidung darüber, ob die soziale Kultur, die sich die

europäische Arbeiterklasse erobert hat, noch einmal in Trümmer geschlagen und die kapitalistische Barbarei, wie sie in den Jugendtagen des Kapitalismus bestanden hat, noch einmal in Europa ihre Herrschaft aufrichten soll oder nicht. In erster Linie aber wäre es die deutsche Arbeitnehmerschaft, die dieser Barbarei zum Opfer fallen müßte. Obwohl ihr die Arbeiter der übrigen europäischen Länder nicht entzinnen könnten, wenn die deutschen Arbeiter in diesem Kampfe unterliegen, so besteht doch die Gefahr, daß das volle Erkennen bei jenen erst so spät eintritt, daß der deutschen Arbeitnehmerschaft damit nicht mehr geholfen sein würde. Deshalb gilt es in erster Linie für alle deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten, die ungeheure Gefahr an der Ruhr in ihrer ganzen Größe zu erkennen und alles, was sie nur zu opfern vermögen, herauszugeben, um die Brüder an der Ruhr in ihrem heroischen Kampfe gegen die Raubgelfüste des französischen Imperialismus zu unterstützen. Unsere Brüder an der Ruhr haben erkannt, worum es geht — zeigen wir ihnen, daß wir ihnen an Erkenntnis und Opferwilligkeit nicht nachstehen! —

### Französische und deutsche Arbeiterschaft.

Der von uns nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ bzw. der „B. Z. am Mittag“ erwähnte Bericht einer Unterredung des Führers des Bergarbeiterverbandes, Genossen Husemann, mit dem Franzosen Hoshiller ist nur durch eine Indiskretion in die Öffentlichkeit gelangt. Wie uns Genosse Husemann erklärte, steht er dieser Veröffentlichung nicht nur vollkommen fern, sondern er hält sie außerdem für schädlich.

Ueber die Person des Hoshiller, der übrigens aus Rußland stammt, ist folgendes festzustellen: Es ist zwar richtig, daß er in einem gewissen Vertrauensverhältnis zum Genossen Herrheim, dem Führer des französischen Metallarbeiterverbandes, steht, als „Sozialist“ hat er in Frankreich nie die geringste Rolle gespielt; vielmehr ist er früher regelmäßiger Mitarbeiter des „Temps“ gewesen, und die Tendenz seiner Ausführungen dem Genossen Husemann gegenüber läßt nur vermuten, daß er den offiziellen oder offiziellen französischen Kreisen nach wie vor nahe steht.

Wir sind überzeugt, daß der Genosse Herrheim diesen Beeinflussungsversuch der deutschen Bergarbeiter im Sinne einer Aufgabe ihres passiven Widerstandes vollkommen fernsteht und dabei das Opfer eines Mißbrauchs seines Namens und seines Empfehlungsschreibens gewesen ist. Dafür bürgt uns nicht nur die Person und die bisherige mustergültige internationalistische Tätigkeit Herrheims selber, sondern die ganze Haltung des französischen Gewerkschaftsbundes und ihres Organs, des Pariser „Peuple“ gegenüber der Ruhrbesetzung. Sind die Aktionsmöglichkeiten der französischen Gewerkschaften infolge ihrer durch Wochen verschuldeten Zersplitterung gegenwärtig noch recht gering, so stehen sie in der Protestbewegung gegen die militärische Politik Poincarés in keiner Weise hinter der Sozialistischen Partei Frankreichs zurück.

Roch am vergangenen Freitag hat der Nationalrat (Bundesausschuß) des Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbundes eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Der Nationalrat beauftragt den Zentralvorstand des Gewerkschaftsbundes, den Feldzug fortzuführen, den er gegen die auswärtige Politik der Regierung eingeleitet hat, deren gefährliche Folge das Ruhrabenteuer ist.“

Er macht sich die Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu eigen, die darauf ausgehen, diesen Feldzug auf die Gesamtheit der Länder und der Arbeiterschaft auszudehnen. . . Ueber allen sonstigen Erwägungen richtet sich folgender entscheidender Grundgedanke:

Die Arbeiter haben das Recht und die Pflicht, die Würde ihrer Arbeit und ihrer Person zu verteidigen und dürfen sich nicht vor dem Zwange der Bajonette beugen, gleichviel welche Regierung diese Waffen anwendet.“

Während sich also Herr Hoshiller auf eigene Faust und unter Mißbrauch des Namens eines angesehenen französischen Gewerkschaftsführers — vergeblich — bemühte, die deutschen Arbeiterorganisationen im Sinne einer Umschwenkung ihres Widerstandes gegen die Ruhreroberer zu beeinflussen, hat sich die maßgebende Körperschaft der französischen Arbeiterwelt dafür ausgesprochen, daß die Ruhr-

arbeiter „die Würde ihrer Arbeit und ihrer Person weiter verteidigen“ und hat sie ermuntert, in ihrem Widerstand gegen den Zwang der französischen Bajonette auszuharren.

### Deutschnationale Einheitsfront.

Nur eine Sehnsucht erfüllt die Brust jedes echten deutschnationalen Kämpfers für Freiheit und Recht: die Ausschaltung der Sozialdemokratie. Die „Lippische Tageszeitung“ bringt in einem großen Artikel einen für die Gedankenwelt ganz bezeichnenden Appell an die Mitgliedschaft. Es wird in diesem Aufruf auf den „Vernichtungswillen“ der Franzosen hingewiesen, dem es gälte, eine geschlossene Einheitsfront gegenüberzustellen. Und dann heißt es in dem Aufruf weiter:

„Dazu gilt es, den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Regierung auszuschalten, ganz gleich, ob die Nachfahren August Bebel's in oder außerhalb der Regierung sitzen. Der Wackeltitel der Sozialdemokratie und ihrer „freien Gewerkschaften“ ist unerträglich geworden.“

Zum großen Schmerz der deutschnationalen Herrschaften sind die bürgerlichen Mittelparteien, Demokraten und Zentrum, immer noch von der alten Schlappheit und glauben, nicht ohne Sozialdemokratie regieren zu können. Demgegenüber ist

die Deutschnationale Volkspartei das mahnende Gewissen Deutschlands. In allen Kulturfragen ist sie führend und maßgebend!

Nur eins fehlt noch eigenem Beständnis diesen führenden und maßgebenden Kulturträgern. Sie müssen sich immer noch

„von den Genossen eines Crispian beschämen lassen, die kein deutsches Vaterland kennen“ und doch einen Stundenlohn als Monatsbeitrag opfern.“

Die Sehnsucht der Deutschnationalen nach Ausschaltung der Sozialdemokratie können wir begreifen. Der Einfluß einer starken und geschlossenen Sozialdemokratie ist für ihre Träume nach Wiederkehr des alten wilhelminischen Regimes, dem wir unser heutiges Glend verdanken, das stärkste Hindernis. Heute kann man trotz aller deutschnationalen Sirenenklänge gegen die Arbeiterschaft in Deutschland nicht mehr regieren.

In der „Illustrierten Rundschau“, die in Hannover erscheint, erklingt ein anderes Lied, offenbar auch aus echt deutschnationalen Herzen.

Wir aber glauben an ein höheres Wollen,  
Das nicht nach menschlichem Verstande wagt.  
Aus tiefer Not wird sich die Kraft entfalten,  
Die halt gebend den finsternen Gewalten,  
Und aus der Tiefe uns zur Höhe trägt.

In diesem Glauben lenken wir den Blick  
Auf jene sturmbelegte Zeit zurück,  
Die uns'rem Volk, geeint in Wehr und Waffen,  
Das Deutsche Reich im Kaisererglanz geschaffen.

Wir spüren, wie mit feierlichem Mahnen  
Ein stummer Zug an uns vorüberwacht, —  
Die großen Führer, würdig ihrer Ahnen, —  
Das stolze Heer mit sturmzersehten Fahnen, —  
Des greisen Kaisers Ehrfurcht heischende Gestalt! —!

Ob scheinbar auch ihr großes Werk zerfiel  
Durch fremde Uebermacht und eigne Feile,  
Sie leben weiter in des Volkes Seele,

Nun, wo wir wehrlos wurden durch Verrat,  
Bill' seiger Hoch nach uns'rer Rehle greifen;  
Doch nur gemacht! Es wählt die blut'ge Saat,  
Aus der die Früchte einst zum Lichte reifen.

Das ist alles zweifellos außerordentlich zeitgemäß. Die Dolchstoß-Legende ist immer noch die wertvollste Waffe der deutschnationalen Demagogie. Deutschland ist eben ein eigenes Land. Bei anderen Völkern begingen Feldherrn, wenn sie die Schlacht verloren hatten, Harakiri. In Deutschland schreiben sie die Bücher und Memoiren und beschimpfen ihr eigenes Volk, das ungeduldig den Krieg verloren hat. Das deutsche Volk hat für diese Gesellschaft nur die Berachtung, die ihnen gebührt.

### Tiere.

Von Joseph Roth.

Im Zirkus kann man wilde Tiere sehen, gezähmte Dompteure und applausfressende Clowns.

Die kausischen Bären tragen ihre Krallen in gefütterten Handschuhen. Die Eisbären trösten in neuen Winterkostümen. Alle Bären zeigen den seltsamen Ehrgeiz, aufrecht zu gehen, auf zwei Beinen, um die Ehre der Tierwelt vor dem Parkett zu retten. Das gelingt ihnen vollends, wenn sie einen Fortrott tanzen. Die Menschen im Parkett brummen, um auch nicht zurückzuführen.

Die Bären sind sehr muskulöse Tiere. Sie fallen nie aus dem Takt, nur die Kapelle tut es manchmal. Das aber sieht man gar nicht, weil die Musik hoch oben sitzt und Ephemeronen erklingen läßt.

Wenn die Bären aus der Arena kommen, fallen sie wieder auf ihre Vorderfüße, sie bummeln auf allen Vieren in den Käfig zurück und verfallen in Biersüßsternum, als gäbe es überhaupt keine Kultur und keinen Jazzband auf der Welt.

Da sind zum Beispiel die Löwen ganz anders; sie wissen genau, daß sie die Könige der Tierwelt sind, als hätten sie die Fabeln von Lafontaine und Gellert gelesen, und sie wissen, was sie der Literatur und sich selbst schuldig sind. Sie reden ihre wunderschönen Schwelge mit den Quasten und lagern sich malerisch, wie Bettvorleger. Außerdem hocken sie wütend auf hohen Postamenten wie doppelte Buchhalter auf Kontostühlen, und weigern sich, über einen Halbreis zu springen. Der Dompteur hat einen blinkenden Revolver und eine Peitsche. Die Löwen zähmen ihn mit einem Blick. Dann streckt er den Revolver vor, um den Löwen zu beweisen, daß schließlich wir das Schießpulver erfunden haben. Das wird gebührend anerkannt, und die Reputation der Menschheit ist wiederhergestellt.

Mit den Berberlöwen ist auch eine männliche Gouvernante gekommen, ein dunkelhäutiger Berber mit einem Jopf und einem guten Hausvatergesicht. Ein Clown widelt ihm gelegentlich den Jopf aus, und der Berber lächelt über sozial europäischen Geist. Er hört das Publikum brüllen, und ihm ist sehr heimlich zumute.

Die bengalischen Königstiger haben entschieden etwas von Feuerwerk in ihrem Wesen (was sich schon in ihrem Namen ausdrückt). Sie sollen durch einen Reifen springen und wandern sich, daß die komplizierten Menschen so einfache Leistungen sehen wollen. Manchmal denkt sich ein Tiger: warum durch einen Reifen? Ich kann durch zehntausend Wäldern springen, und keiner kratzt Bravo. Die Menschen sind sonderbare Fleischfresser.

Wenn es dem bengalischen Königstiger schon zu langweilig geworden ist, erweist er dem Publikum den Gesallen und springt durch den Reifen. Dabei entblößt er ganz deutlich den Hinterteil seines Körpers — der fehmig ist und prähenbe Muskeln hat — und denkt

sich nichts Böses dabei. Er hat nicht den geringsten Respekt vor der Menschheit. Vielleicht ahnt er gar nicht, daß ihr ein strenger Sachverständiger der Nacktheit wie Professor Brunnac angehört? Die bengalischen Königstiger sind sehr zurückgeblieben in der Kultur.

Die Elefanten aber wandern schon ganz haarlos und ungeniert durch die Arena. Man hat ihnen die Stoßzähne weggenommen, weil die Menschen Zigarrenspitzen, Papiermesser und Äschenbecher brauchen. Sie haben nur noch die Rüssel behalten. Sie benehmen sich kindlich wie Säuglinge, und das Parkett freut sich, daß es schon so erwachsen ist. Sonst sieht es keinen Unterschied.

**Trübene: „Der Gedanke“ von Leonid Andrejew.** Der verdorbene russische Dichter, dessen nach dem russisch-japanischen Feldzug erschienenen „Rotes Buch“ (Lagebuchaufzeichnungen eines auf den Schlachtfeldern wahnsinnig gewordenen Offiziers) eine der aufwühlendsten Anklagen wider die Scheußlichkeit des Krieges ist, zeichnet in diesem seltsamen Drama das Bild aufsteigender, in einer furchtbaren Tat sich entladender geistiger Umwandlung. Paul Wegeners wunderbare Darstellung gab diesen Phantasien zwingende, atemberaubende Realität, zog die Hörer so stark in den Bann, daß bei dem furchtbaren Ernst des Einbruchs erst nach dem letzten Fallen des Vorhangs der stürmische Applaus ausbrach, jeder andere den Verlauf der Handlung unterbrechende Beifall als stierend und banal empfunden worden wäre.

Ein Einsamer, dessen Hang zur Grübelei und gefährlicher Selbstspiegelung durch keinen Zwang der täglichen Erwerbsarbeit in Schranken gehalten wird — so tritt uns Wegeners Kerkenzem in dem Gespräch mit seinem jungen Freunde gegenüber. Das Organ gepreht, im blauen typisch-russischen Ankleid den Ausdruck lähmender Schwermut und krankhafter Gespinntheit. Biologischer Forscher, interessieren ihn insbesondere ein paar Affen, die er zum Zwecke täglicher Beobachtung gekauft. Der sterbende Gorilla, den er dem Freunde zeigt, ist ihm Anlaß, seine seltsamen Spekulationen über die Affenwelt zu entwickeln. In den Augen dieser zurückgebliebenen Menschenbrüder steht er den Abganz derselben Melancholie, die auf dem Menschen lastet. Vielleicht war der Gorilla, der jetzt stirbt, im Abwache der Seelenwanderung bereits ein mächtiges Geschöpf, ein herrlicher von göttlicher Gewalt, und trauert nun über die verlorene Größe. Sein eigener Hang, sich abzuhängen, die Menschen zu verachten, von einer Nacht zu träumen, durch die er seinen Willen, seine Gedanken den anderen nach Belieben aufzuzwingen vermag, läßt ihn in diesem Tiere etwas Verwandtes fühlen. Ihn beschäftigt die Idee, diese geheimnisvolle Nacht experimentierend im Leben zu erproben; und er ahnt nicht, daß hinter solchem Wunsch schon der Wahnsinn lauert. Ein Wahnwitz, dessen Wachstum in ihm eine hoffnungslose, eifersüchtige Liebe förderte und hegte.

Das Mädchen, das ihn einstmalig abgewiesen, lebt seit Jahren in glücklicher Ehe mit einem seiner Freunde, einem Dichter, in dessen Hause er verkehrt. Er besucht sie und bringt im geistigen Dämmerzustand — doch immer in der Vorstellung, er handle völlig frei als überlegener Experimentator, der mit Menschenschicksalen spielt — das Gespräch auf die Vergangenheit; er erschreckt sie durch Andeutung,

daß seine Willensmacht ihr den Gatten töten könne. Diabolik, in die sich (erstauslich brachte Wegener das heraus) auch wieder Löwe rührenden Werbemisch. Vergebens warnt Tatjana, die die Gefahr erkennt, ihren Mann. Er empfängt Kerkenzem, ein Wortwechsel entspinnt sich und, außer sich vor Wut, ergreift der Kranke einen feinsten Briefbeschwörer vom Schreißbüch und geschmettert dem Gehirnen das Gehirn. Im dritten Bilde: Rückkehr des Mörders in sein Heim. All seine Nerven fiebern noch von ungeheurer Spannung. Er meint körperliche Befreiung zu verspüren; mit großen Schritten schreitet Wegener im Zimmer auf und ab. Ein triumphierendes Hei, bei im Lichte dazu singend. Bis der Gedanke in ihm aufblüht: das alles könne wirklicher Wahnsinn sein. In den beiden letzten Szenenbildern sieht man den Kranken im Irrenhaus. Derselben bringen keine weitere Entwicklung, aber neben größtem Stimmungsvoll-intimes Detail, das sich um die Person einer jungen, gültig einfachen Krankenschwester gruppiert, die auch diesem Unseligen Trost und Erleichterung spendet. Die Witwe des Ermordeten erscheint, um dem Mörder, der für das Verbrechen doch nicht verantwortlich ist, ihre Verzeihung auszusprechen. Er aber bleibt dabei, daß die Tat sein eigener freier Wille gewesen. Qualvoll wie das Ganze von Anfang bis zu Ende ist, packt es doch durch die eigenartig neuen psychologischen Lichter, die es auf seelische Hintergründe, die Verschlingungen von Bewußtem und Unbewußtem wirft.

Die Aufführung unter Emil Meyers feinfühler Regie bot auch neben Wegeners überragender Leistung Treffliches. So Maria Feins seelenvolle Tatjana, Kurt Böy' verwöhnten eigenartigen Elternen-Gatten, den alten Irrenarzt des Herrn Robert Frojch und Käthe Haas's sympathisch-sanfte Krankenschwester. Conrad Schmidt.

Des Pfennigs Schicksal. Das mecklenburg-schwerinsche Staatsministerium erläßt im Regierungsblatt folgende Mitteilung: „Alle staatlichen Behörden und Rassen werden angewiesen, zur Vereinfachung des Geschäftsganges bis auf weiteres ihre Ausgabeverfügungen und Zahlungen ausnahmslos nach oben, die Einnahmeverfügungen dagegen ausnahmslos nach unten auf volle Mark abzurunden.“

Mit dieser Verordnung, die den Pfennig endgültig entthront, hat das mecklenburgische Staatsministerium das Beispiel des Reichs in größtjünger Art und Weise nachgemacht; denn die Reichsbahn hat beispielsweise das Höchstmaß des vom Zahlenden und dem Empfänger zu leistenden Pfennigspiegers auf 49 Pf. festgesetzt, indem die Beträge unter 50 Pf. nach unten, und solche über 50 Pf. nach oben abgerundet werden. In Mecklenburg hat man sich dagegen nunmehr schon zu einem Opfer von 99 Pf. durchgerungen.

Frühjahrsausstellung der Akademie. Die Akademie der Künste veranstaltet auch in diesem Jahre am Pariser Platz 4 eine Frühjahrsausstellung, für die wieder viele Kunstleistungen zugelassen werden. Die Ausstellung, die Werke der Malerei und Plastik umfassen wird, soll Ende April eröffnet werden. Die Werke sind in der Zeit vom 26. März bis 7. April in der Akademie einzusehen.

Albert Hoffmann beginnt seine Tätigkeit bei den Roten-Bühnen Anfang März als Palmar Wald in „Johann Woldemar“.

## Generalblockade!

Paris, 7. Februar. (Eca.) Die endgültige Absperrung des Ruhrgebietes wird — wie der Düsseldorfer Berichterstatter des „Echo de Paris“ schreibt — drei Etappen umfassen, und zwar:

1. die Blockade der Kohlen und der Nebenprodukte. Dieser Teil der Blockade ist bereits durchgeführt.

2. die Blockade der Produkte der Stahl- und Eisenindustrie. Diese würde die Ausfuhr aus dem Ruhrgebiet treffen.

3. könnte noch eine Blockade auf die Ausfuhr aus dem unbesetzten Deutschland gelegt werden, die den Import von Eisen, Eisenwaren und anderen Gegenständen unterbindet.

Diese drei Maßnahmen zusammen würden einen gewaltigen Schlag gegen Deutschland bilden und den Kampf verkürzen. Die letzte Maßnahme würde besonders die Industrien des Rheinlandes, die beiden ersten die Industrien des unbesetzten Deutschlands treffen.

Die Ruhrkohlenexporteure zwingt Deutschland nur, englische, tschechische, polnische Kohle zu verwenden. Die Ruhrproduktionsexporteure schließt einfach sofort dreiviertel Millionen Arbeitslose im französisch besetzten Gebiet, für deren Leben und Ernährung Frankreich verantwortlich ist. Die Ausfuhr aus dem unbesetzten Deutschland blockieren — das heißt Wirtschaftskrieg Frankreichs gegen die ganze Welt.

### Genosse Adelong ausgewiesen.

Mainz, 7. Februar. (WIB.) Bürgermeister Adelong, der seit der Ausweisung des Oberbürgermeisters Dr. Käß an der Spitze der städtischen Verwaltung stand, wurde heute früh von der Befehlshaberbehörde ausgewiesen. Seiner Familie wurde für den Wegzug eine Frist bis Sonnabend gesetzt.

## Gefährdung der Volksernährung.

Dortmund, 7. Februar. (WIB.) Die französischen Kontrollstationen haben u. a. auch nach dem unbesetzten Gebiete laufende Leere, bedeckte Wagen (G-Wagen) nicht durchgelassen. Hierdurch wird die Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung gefährdet.

## In Baden wie im Ruhrgebiet.

Offenburg, 7. Februar. (WIB.) Die französische Befehlshaberbehörde ist zurzeit damit beschäftigt, eine eigene Fernsprechnetzleitung vom Rathaus und Postamt nach Kehl herzustellen. Die Gemeinde Urloffen bei Appenweier ist besetzt.

Die Franzosen haben als Antwort auf die Forderung, den Umschaltbereich im Postamt Offenburg zu räumen, das Postamt Offenburg besetzt, sämtliche Beamte hinausgewiesen, den Postdirektor Krieg und den Oberpostsekretär Frey verhaftet.

Offenburg, 7. Februar. (WIB.) Aus ihrer geringen Beständen mußten die Landwirte Stroh und Heu ohne Bezahlung an die Befehlshabertruppen abliefern. Kartoffeln und andere Vorräte werden vielfach gewaltsam beschlagnahmt.

Kattschube, 7. Februar. (WIB.) Auf der Strecke Appenweier-Offenburg ruht der Verkehr nach wie vor. Gestern haben die Franzosen 120 Mann Eisenbahntroopstruppen aus Straßburg herangezogen. Sie haben aber bis jetzt nur einige Fahrversuche auf der Strecke Kehl-Appenweier gemacht. Der Pendelverkehr bis an die Grenze des neu besetzten Gebietes funktioniert tadellos, desgleichen der Kraftwagenverkehr zum Ersatz für die Kehl-Str.-Bahn.

Die Zahl der französischen Truppen im neu besetzten Gebiet ist mindestens 3000.

## Das Ende der Lausanner Konferenz.

Das nachträgliche Unterzeichnungsangebot von England unberücksichtigt. — Zömet Pascha abgereist.

Die Nachrichten aus London über den gestern dort abgehaltenen Ministerrat lassen erkennen, daß die französische Mitteilung von der angeblichen Unterzeichnungsbereitschaft der Türken zwar rechtzeitig zur Kenntnis der britischen Regierung gelangte, daß sie aber unannehmlich blieb. Erst wenn ein festes und direktes Angebot der Angora-Regierung in London vorliegen würde, würde das englische Kabinett dazu Stellung nehmen.

Jedenfalls ist heute früh Ismet Pascha mit dem größten Teil der türkischen Delegation nach Angora abgereist. Offenbar läßt er einige Horzoposten zurück.

Lord Curzon gab den englischen Pressvertretern nach seiner Rückkehr in London Erklärungen ab, in denen er die ganze Schuld an der Ergebnislosigkeit der Lausanner Konferenz den Türken zuschob. Mit einem sichtbaren Seitenhieb auf Frankreich bekannte er sich aber zur unbedingten Solidarität zwischen den Alliierten und fügte hinzu:

„Während andere davon sprachen, sich von diesen Verpflichtungen zu lösen, habe ich Angebots, die mir mehr als einmal in dieser Richtung gemacht wurden, abgelehnt und habe es vorgezogen, lieber mit meinen Verbündeten zusammen im Kampf um ihre Sache zu stehen, als einen Sieg auf dem Felde des Egoismus und ausschließlich nationaler Vorurteile zu gewinnen.“

Wulle soll sein Mandat niederlegen. Wie das frühere Wulleblatt, die „Deutsche Ztg.“, mitteilt, ist der zur „Deutschpolitischen Freiheitspartei“ übergetretene Abg. Reinhold Wulle vom deutsch-nationalen Wahlverein Potsdam aufgefordert worden, sein Reichstagsmandat niederzulegen, da er nicht mehr Mitglied der Partei sei. Diese Mitteilung wird begleitet von dem Senfzer, daß Wulle aus der Deutschnationalen Partei ausgetreten sei, „obwohl der Bundesverband Potsdam II sich bisher unentwegt hinter Wulle gestellt“ hat!

## Devisenkurse.

	7. Februar		6. Februar	
	Kauf- (Gold-) Kurs	Verkauf- (Silber-) Kurs	Kauf- (Gold-) Kurs	Verkauf- (Silber-) Kurs
1 Holländischer Gulden	14663.26	14786.75	14962.50	15087.50
1 argentinische Papier-Peso	18806.50	18489.50	18965.—	14085.—
1 belgischer Franc	2044.87	2055.19	2144.62	2155.88
1 norwegische Krone	6882.87	6567.13	7082.25	7117.76
1 dänische Krone	6982.80	7017.50	7132.82	7187.88
1 schwedische Krone	9076.75	9744.25	10024.87	10975.13
1 finnische Mark	942.63	947.87	959.50	954.41
1 japanische Yen	17456.25	17548.75	17055.—	15945.—
1 italienische Lire	1770.50	1771.44	1840.35	1849.62
1 Pfund Sterling	172567.50	173492.50	177056.25	177948.75
1 Dollar	36508.50	36991.50	37655.62	37844.38
1 französischer Franc	2319.18	2330.82	2448.87	2456.13
1 brasilianischer Milreis	4189.82	4180.88	4289.97	4310.75
1 Schweizer Franc	6907.68	6942.82	7182.12	7167.88
1 spanische Peseta	5785.62	5784.88	5925.15	5954.85
100 ältere Kronen (abgest.)	53.61	52.89	53.51	53.79
1 tschechische Krone	1087.27	1092.78	1117.20	1122.80
1 ungarische Krone	14.40	14.54	14.46	14.54
1 bulgarische Dena	218.45	219.85	221.44	222.66
1 jugoslawischer Dinar	846.19	847.87	854.11	855.89

## Aus Städtischen Ausschüssen.

### Die Kohlenklausel verlängert.

Der auf Verlangen der Rechtsparteien eingeleitete städtische Ausschuss zur Nachprüfung der Kohlenklausel für die städtischen Elektrizitätswerke ist nach eingehender Beratung gegen eine Stimme zu dem Ergebnis gekommen, der Stadtverordnetenversammlung die Aufrechterhaltung der Kohlenklausel zu empfehlen. Die Verlängerung soll bis zum 31. März beschränkt werden, da man bis dahin mit der Erledigung der G. m. b. H.-Bildung bei den städtischen Werken rechnen kann. Auch von den Rechtsparteien, deren Presse aus ziemlich durchsichtigen Gründen einen rein demagogischen Wärm wegen der Erhöhung der städtischen Tarife inszeniert hat, mußte anerkannt werden, daß bei der ungemeinen Steigerung der Kohlenpreise die Werke nur durch Anwendung der Kohlenklausel erhalten werden können. Durch diesen Beschluß ist auch die Festsetzung des Januaritarifs für Elektrizität auf 275 M. gedeckt.

### Die Straßenbahn als G. m. b. H.

Die Verkehrsdeputation erledigte die Magistratsvorlage über die Umwandlung der Straßenbahn in eine gemeinnützige G. m. b. H. Der Betriebsvertrag, der gleichzeitig mit den Schenkungen der G. m. b. H. abzuschließen ist, wurde durch eine Zufallsmajorität abgelehnt. Es ist anzunehmen, daß der Magistrat bereits in der nächsten Woche sowohl für die Werke wie für die Straßenbahn entsprechende Vorlagen auf Grund der sorgfältigen Beratungen in den städtischen Deputationen vorlegt. Wahrscheinlich wird die Beratung in der Stadtverordnetenversammlung ohne Schwierigkeiten vor sich gehen, da alle Einzelheiten bereits besprochen sind und es sich wahrscheinlich nur noch um die Abstimmung über einige kritische Punkte, wie Zusammensetzung des Aufsichtsrats, Genehmigung der Bilanz durch die städtischen Körperschaften usw. handeln wird.

### Die Verpachtung der städtischen Häfen.

Die Vorlagen über die Verpachtung der Häfen an das Schenker-Konsortium ist vom Städtischen Ausschuss in einigen wesentlichen Punkten noch veräußert worden. Die übernehmende Firma ist verpflichtet worden, für die Benutzung der Häfen und ihrer Anlagen allgemeingültige Tarife und Bedingungen aufzustellen, die eine unfaire Benachteiligung eines einzelnen Speditors ausschließen muß. Bei Nichtbefolgung dieses Paragraphen unterliegt der Vertrag dem Heimfallrecht. Die materielle Entschädigung der Stadt ist jetzt so geregelt, daß die Stadt bei Abschluß des Vertrages, also wahrscheinlich noch Ende dieser Woche, anderthalb Milliarden erhält. Außerdem hat die Firma auf Grund einer genau berechneten Lohnklausel die Kosten für die Fertigstellung der Häfen zu tragen, die mit einigen Milliarden geschätzt werden. Es besteht die Absicht, durch Vermittlung der vertragsschließenden Firma eine größere Anleihe für den Ausbau weiterer städtischer Unternehmungen, vor allen Dingen der Nord-Süd-Bahn, zu erhalten.

### Die Kündigung der Straßenbahner.

Die Rechtsparteien der Stadtverordnetenversammlung hatten behauptet, daß bei der Entlassung von Straßenbahnerinnen politische Gesichtspunkte maßgebend gewesen seien. Der zur Nachprüfung dieser Behauptung eingesetzte Städtische Ausschuss hat die Einzeluntersuchung der mehrere hundert nachzuprüfenden Fälle einem sündigüberlegigen Unterausschuss übertragen, der seine Arbeiten bis zum nächsten Donnerstag erledigen soll. Bis zum Abschluß dieser Untersuchung sollen nach einem Beschluß des Ausschusses keine weiteren Entlassungen vorgenommen werden.

## Schändung des Friedhofes der Märzgefallenen.

### Das neueste Bubenstück der Metalldiebe.

Schon wiederholt berichteten wir über Bubenstücke von Mitgliedern der edlen Kunst der Metalldiebe. Die Redewendung, daß „alles, was nicht nicht- und nagefest ist, gestohlen wird“, kann auf diese junge aber ernste Sparte der Bangfinger nicht angewendet werden, denn gerade dem „Genieierten und Genogelerten“ sind diese angenehmen Zeitgenossen besonders zugetan.

Ueberall, aber tatsächlich auch überall, kann man die Spuren ihrer „Arbeit“ verfolgen. Messinghilder, Türgriffe, Teppichnageln, Klingelknöpfe und Bleirohre in den Häusern, Armaturen und Messingdraht in den Stadtbahnwagen, Kanalarste usw. auf den Straßen, ganze Denkmäler auf Kirchhöfen und in den öffentlichen Anlagen, alles, alles lassen sie mitnehmen, für alles haben sie Verwendung, und was eigentlich das Tollste ist — für alles finden sie ihre Abnehmer. So lange den Hehjern nicht ganz empfindlich auf die Finger geklopft wird, so lange wird dem nochgerade gemeindefählichen Treiben der Metalldiebe nicht gesteuert werden können. Jetzt sieht, daß diese dunklen Existenzen von Tag zu Tag dreister auftreten, und daß wohl der Zeitpunkt nicht mehr fern sein dürfte, wo auch die Metalldiebe mit Sauerstoffgasen „arbeiten“ werden, um Randalaber und vielleicht auch Bräuden abzutragen. — In den letzten Tagen wurde der allen Freiheitliebenden teure Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain von Metalldieben heimlich geplündert. Nicht weniger als fünf Gräber wurden dieser Tage durch Diebstahl von Metallteilen geschändet. Der reine Metallwert der gestohlenen Denkmäler beträgt rund 100 000 M. Man kann keineswegs behaupten, daß der Friedhof der Opfer des Jahres 1848 verschwendert mit Denkmälern geschmückt ist, aber auch das Wenige wandert in die Metallkassette. So geschahen im Jahre 1923, dem Jahre der 75. Wiederkehr der Tage der Straßenkämpfe in Berlin, der Tage, an denen freilebende Protetorien dem aufstrebenden Bürgertum in seinem Kampfe gegen den Feudalismus die Raststätten aus dem Feuer hielten.

### Die Hochbahn wird teurer.

Die Hochbahn, die bisher das billigste Berliner Verkehrsmittel war, erhöht von morgen ab ihre Tarife so erheblich, daß sie nur noch um ein geringes hinter den Tarif der Straßenbahn zurückbleibt. Die Erhöhung ist auf die Preissteigerung für Kohle und Eisen usw. zurückzuführen. Für die Benutzung der Hochbahn sind nunmehr folgende Sätze zu zahlen: Für die ersten fünf Stationen in 3. Klasse 100 M., in 2. Klasse 130 M.; für die ganze Strecke in der 3. Klasse 130 M., in der 2. Klasse 160 M. Die noch im Besitz des Publikums befindlichen, zum bisherigen Tarif ausgegebenen Karten gelten bis zum 15. Februar.

### Polizeivillkür bei Einbürgerungsgesuchen.

In der Bezirksverordnetenversammlung Brenzlauer Berg wurde u. a. in Verfolg eines Antrages der sozialdemokratischen Fraktion ein Verfahren zur Sprache gebracht, dessen sich mehrfach Polizeibehörden zur Ablehnung von Einbürgerungsgesuchen bedienten. Folgende Fälle wurden vorgetragen: In einem Falle hatte der Antragsteller bereits 15 Jahre auf ein und derselben Stelle gearbeitet; von seinem Arbeitgeber und allen recherchierenden Instanzen wurde das Gesuch befürwortet, aber der zuständige Polizeivorsteher lehnte es ab, weil der Antragsteller vor Jahren zweimal — mit 60 und 40 M. — bestraft wurde und sein Vorleben mithin nicht einwandfrei sei. Da der Antragsteller nicht Pole werden wollte, hatte er sein Gesuch wiederholt. Wieder wurde von allen, auch von unserem Bezirksverordneten, das Gesuch befürwortet, ihm jedoch von dem Polizeivorsteher widersprochen. Von diesem wurden außerdem auf dem Rand der Akten folgende Bemerkungen gemacht: Zu dem Vornamen Paul des Antragstellers: „Jude“; zu dem Vornamen Mara der Ehefrau: „soll wohl Sara heißen“. — In einem anderen Falle sei ein Gesuch gleichfalls von allen Instanzen, einschließlich eines Polizeibeamten, befürwortet worden, aber derselbe Vorsteher habe durch die Einfügung des Wortes „nicht“ den

Sinn des Berichtes geändert und dann die Ablehnung verfügt. Von Bezirksverordneten wurde hervorgehoben, daß für viele die Einbürgerungsfrage eine Schicksalsfrage bedeute und es als unerhört bezeichnet, daß über alle anderen Instanzen hinweg und im Widerspruch mit diesen ein Organ der Polizei berechtigt ist, die Ablehnung zu verfügen. Es wurde vom Bezirksamt gefordert, daß es alle von der Bezirksverordnetenversammlung beschlossenen Einbürgerungsgesuche, die von der Polizei jurisdiktionell werden sollten, bis in die höchsten Instanzen verfolge und zur Annahme zu verheissen suche.

## „Ich simuliere ausgezeichnet!“

### Reinfall eines schönen jungen Mannes.

Die Verhandlung vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III, in der sich der berufslose Walter Frey wegen mehrfachen Diebstahls zu verantworten hatte, entrollte ein interessantes Bild der Möglichkeiten, sich den „Jagdchein“ zu verschaffen, jenes Ausweises, der dem Betreffenden bescheinigt, daß er auf Grund des § 51 StGB. für seine Taten nicht verantwortlich zu machen sei.

Der Angeklagte Frey war in der ersten Verhandlung vor mehreren Monaten freigesprochen worden, weil die Sachverständigen der Ansicht waren, daß er für die ihm zur Last gelegten Verbrechen nicht verantwortlich zu machen sei. Frey ist einer der vielen „schönen jungen Männer“, die darauf reifen, daß sie mit älteren Damen Verhältnisse anfangen und ihnen bei der „passenden Gelegenheit“, die sich meist in einer verhältnismäßig Stunde ergibt, ihre Kostbarkeiten abnehmen. Das Wertwärtige an der Beschichte ist die Tatsache, daß die Geschädigten hinterher in den meisten Fällen für den Angeklagten um gut Wetter bitten. Frey hat sich aber nicht mit dieser Art Erwerb begnügt, sondern außerdem einem ihm entfernt verwandten Herrn M. eine Kasse, die Berlin und andere Berggegenstände enthielt, aus dem Beck gestohlen, das M. als „Safe“ benutzte. In der ersten Verhandlung war Frey auf Grund des § 51 freigesprochen worden. Aus dem Sanatorium, in dem er beobachtet wurde, hatte er feinerzeit Briefe an eine seiner vielen „Bräute“ geschrieben, in denen es u. a. hieß: „Mir geht es hier sehr gut; ich simuliere ausgezeichnet. Du wirst natürlich alles befähigen, was ich angebe.“ Die Zeugin, an die dieser Brief gerichtet war, machte die Angaben über Freys Simulation vor Gericht unter Eid. Der Angeklagte war feinerzeit zu seinem Verteidiger gekommen und hatte ihn um Gotteswillen gebeten, ihm zu helfen, weil es „in ganz Deutschland keine Stadt mehr gebe, in der nicht von der Staatsanwaltschaft aus ein Ermittlungsverfahren gegen ihn schwebt“. Auf Veranlassung des Verteidigers hatte er sich dann selbst der Behörde gestellt. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn wegen wiederholten einsachen und schwerer Diebstahls und Beamtenehrung 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Das Gericht ging über diesen Antrag hinaus und erkannte auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis und Ehrverlust für die beantragte Zeitdauer.

Der Beginn des Lebenskundeunterrichts für die Jugendwelken wird den angemeldeten Kindern in den nächsten Tagen schriftlich zugeandt. Rückfragen an das Jugendsekretariat sind aus diesem Grunde nicht nötig.

Abzug von der Friedensmiete. Genosse Fritz Datzel schreibt uns: Aus Kreisen der Parteigenossen werde ich darauf aufmerksam gemacht, daß manche Mieter aus meinen Ausführungen im „Vorwärts“-Beitrag vom 1. Febr. (Abend-Ausgabe) unter „Für Ausbau des Reichsmietengesetzes“ herauslesen, daß der Magistrat den Abzug von der Friedensmiete (zur Errechnung der Grundmiete) von 20 auf 30 v. H. heraufgesetzt habe. Das ist tatsächlich aber nicht der Fall. Es handelt sich vielmehr um eine Forderung unseres Bundes Berlin, die bisher nicht erfüllt worden ist.

Die Einbürgerungsgebühr ist nach einer Mitteilung des Ausschusses für das Wahl- und Bekämpfungswesen vom 7. Februar 1923 ab auf 40 000 M. erhöht worden und wird vom 26. Februar 1923 ab auf 50 000 M. erhöht werden.

## Berlin-Chicago im Luftkreuzer.

In der großen Zeppelinwerft am Bodensee nahe sich jetzt der für die amerikanische Rechnung erbaute Luftkreuzer seiner Vollendung. Das Luftschiff, das von den Vereinigten Staaten nicht auf Reparationskonto übernommen, sondern bar bezahlt wird, wird eines der modernsten und stärksten Luftfahrzeuge werden, das die Riesenhalle am Bodensee jemals verlassen hat. Die Zeppelin-Baugesellschaft hat sich die Erfahrungen, die sie an den in Frankreich nach ihrer Ablieferung zerlegten Passagierluftschiffen gesammelt, vereinn, und so ist jetzt ein Luftschiff entstanden, das nicht für den Kriegszweck erbaut ist, sondern lediglich friedlichen Zwecken des Luftverkehrs dienen wird. Im Juni wird das amerikanische Luftschiff dann nach Berlin überführt. In Berlin werden auch die letzten Vorbereitungen für den Ozeanflug getroffen, der ohne jede Zwischenlandung durchgeführt werden wird. Die Abfahrt von Berlin ist aus dem Grunde gewählt worden, weil der Flugplatz in Staaten 400 Meter tiefer als der Bodensee liegt und weil aus diesem Grunde das Schiff hier 5 Proz. mehr Nutzlast tragen kann, als in dem höher gelegenen Friedrichshafen. Die Abfahrt von Berlin ist für Ende Juni vorgesehen. Die Amerikaner haben jedoch den Wunsch ausgesprochen, in direkter Linie von Berlin nach Chicago zu fliegen, wo die amerikanische Regierung ein größeres Gelände für den Hallenbau und den Landeplatz angekauft hat. Der Flug dürfte von Berlin über Frankreich hinweg gehen, dessen Territorium überfliegen werden darf, da das Luftschiff als amerikanisches Eigentum auch mit amerikanischer Flagge fliegen wird.

Ozeanflug von 900 Kilometern. Vor einigen Tagen haben zwei Junkers-Wasserverkehrsflugzeuge, die schon seit einiger Zeit auf Cuba stationiert sind, von San Domingo einen ununterbrochenen Flug über das Karibische Meer nach La Guayra, den Hafen von Caracas, der Hauptstadt Venezuelas, durchgeführt. Sie haben die 500 Seemeilen, gleich 900 Kilometer weite Strecke über den Ozean in acht Stunden zurückgelegt. Für den Verkehr des südamerikanischen Festlandes mit der im Welthandel bedeutenden Inselgruppe der Großen Antillen wird dieser Ozeanflug ganz besondere Beachtung finden.

Die Wassergefahr in der Königs- und Laurastraße in Ober-Schlesien ist, wie von dort gemeldet wird, beseitigt.

Lawensturz in der Steiermark. In der Nähe von Mariazell ging eine Lawine nieder, welche eine Frau und ein Kind tötete.

### Weiter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und ziemlich heiter bei klarem südlichen Winden, etwas milderer Nacht und langsam steigender Tagestemperatur.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

79. Abt. Schöneberg, Bezirk Eichenhof, Seite Mittwoch, 7. Febr.: Öffentliche Versammlung im Ledigenheim, Thema: „Anhebung und Abwehrkräfte.“ Referent: Genosse Franz Kähler, M. d. R.
11. Kreis, Schöneberg-Friedenau, Donnerstag, den 8. Februar, öffentlich 7 Uhr, Sitzung der Jungmännerkommission in der Expedition des „Vorwärts“, Betrifft: Straß.
22. Abt., Donnerstag, den 8. Februar, abends 7 Uhr, Elternversammlung der 64. Gemeindefabrik, Roonstr. 69, Thema: Gemeinnützige Erziehung in Schule und Haus. Referent: Genosse Robert Böhm.
78. Abt., Schöneberg, Die geplante Vorstandssitzung am Freitag (8.) am.

